

Redebeitrag der Seebrücke Potsdam zur Demo *Stoppt das Sterben – Für das Recht zu kommen, zu gehen und zu bleiben* am 18.12.21 in Potsdam

Seit Wochen werden schutzsuchende Menschen im abgeriegelten Grenzgebiet zwischen Polen und Belarus festgesetzt. Sie werden aus Polen zurückgepusht, leiden Hunger, sind Nässe und bitterer Kälte ausgesetzt. Mehr als siebzehn Menschen hat die europäische Abschottung in den polnisch-belarussischen Wäldern schon das Leben genommen. Die Dunkelziffer ist dabei deutlich höher zu erwarten.

An der polnisch-belarussischen Grenze werden auch noch weitere Menschen erfrieren und sterben. Hier in Deutschland wird sich großmäulig darüber ausgelassen, wie Lukaschenko die Menschen zu Spielfiguren seines politischen Machtkampfs macht. Dabei wird ganz außenvor gelassen, dass es auch Mitspieler:innen braucht, um ein Spiel zu spielen. Deutschland ist ein genauso ekelhafter Spieler, wie die anderen EU-Staaten, die zusehen, mitmachen und ab und zu das Wort Humanität in den Raum werfen. Deutschland und die EU sind Mitschuld an jedem einzelnen Todesfall im polnisch-belarussischen Grenzgebiet.

Noch im Wahlkampf dieses Jahr haben SPD und Grüne ach so progressiv getönt! Aufnahme hier und Seenotrettung da, humanitäre Lösungen überall und ab und zu wird sich zu den Menschenrechten bekannt. Aber was ist davon jetzt eigentlich im Koalitionsvertrag übrig geblieben?

Tatsächlich gibt es ein paar Vorschläge für Besserungen des Asylsystems, auf denen wir uns aber nicht ausruhen können. Die neue Bundesregierung hat sich auf einige Verbesserungen bezüglich der Situation von Geflüchteten in Deutschland geeinigt, wofür wir an dieser Stelle allen selbstorganisierten zivilgesellschaftlichen Aktivist:innen und Gruppen danken müssen. Denn ihnen haben wir es zu verdanken, dass sich ENDLICH etwas bewegt. Der Dank gilt nicht der Bundesregierung, sie tut hier nur das Mindeste.

Der Koalitionsvertrag legt Verbesserungen im Familiennachzug fest: Arbeitsverbote sollen abgeschafft und Asylprozesse beschleunigt werden. Außerdem soll sich von Langzeitduldungen abgekehrt werden und es soll mehr gesundheitliche und psychosoziale Versorgung für Menschen ohne Papiere geben. Hier müssen wir noch einmal mit aller Deutlichkeit betonen, dass der Koalitionsvertrag keine rechtliche Bindung hat, es also letztendlich keine Sicherheit dafür gibt, dass die Vorschläge tatsächlich in die Tat umgesetzt werden. Damit das nicht alles leere Versprechungen bleiben liegt es nun an uns, Druck auf die Regierung aufzubauen.

Was passiert jedoch mit Menschen auf der Flucht, die an den EU-Außengrenzen festhängen oder in Lagern quasi gefangen gehalten werden?

Dazu hat die neue Koalition erstaunlich wenig zu sagen. Sie beschwört einen "Neuanfang in der Migrations- und Integrationspolitik", liefert jedoch keine Ansätze, wie sie diesen "Neuanfang" gestalten will. Die Ampel-Koalition möchte irreguläre Migration eindämmen, ohne für reguläre und legale Fluchtrouten zu sorgen. Sie verspricht die Situation an den EU-Außengrenzen zu verbessern, macht aber keinerlei Vorschläge dazu, wie sie die illegalen Zurückweisungen und das Leid an den Grenzen tatsächlich bekämpfen will. Als einzigen absurden Vorschlag nennt sie hier die verstärkte Zusammenarbeit mit der EU-Agentur FRONTEX, worauf wir gleich noch eingehen werden. Außerdem plant die Ampel eine harte Abschiebepolitik durchzusetzen und vor allem durch Abkommen mit Drittstaaten zu

verhindern, dass die Menschen überhaupt in die EU kommen können. So wird die Verantwortung für die Menschen wieder an die EU-Außengrenzen verlagert.

Auf Seite 131 des Koalitionsvertrags heißt es: "Wir setzen uns ein für eine EU, die ihre Werte und ihre Rechtsstaatlichkeit nach innen wie außen schützt und entschlossen für sie eintritt". Wo bitte ist diese Entschlossenheit? Wo war sie, als Baerbock nach Polen gefahren ist? Wo ist der Druck auf die polnische Regierung? Die Bundesregierung kann vielleicht schöne Slogans für Menschenrechte formulieren, aber wenn sie sich nicht vehement für ihre Durchsetzung einsetzt, dann ist sie nicht besser als die GroKo.

Die neue Bundesregierung setzt den Asylpolitischen Kurs ihrer Vorgänger:innen fort und findet keine Erwähnung der Bemühungen von Ländern, Städten und Kommunen zur Aufnahme von Menschen auf der Flucht in ihrem Koalitionsvertrag. Wie kann es sein, dass auch nach einem Regierungswechsel die Aufnahmebereitschaft nicht angenommen wird, obwohl sich doch so sehr mit dem Thema Migration im Wahlkampf geschmückt wurde. Wieso werden keine gesetzlichen Handlungsspielräume für die sicheren Häfen geschaffen?

Im Koalitionsvertrag findet sich außerdem kein einziger Satz zur massiven, mehrfach nachgewiesenen Gewalt, die von Frontex ausgegangen ist (Wer hätte es gedacht?).

Stattdessen zitiere ich an dieser Stelle den Vertrag:

"Wir wollen, dass Frontex auf Grundlage der Menschenrechte und des erteilten Mandats zu einer echten EU-Grenzschutzagentur weiterentwickelt wird. Das Ziel muss ein wirksamer und rechtsstaatlicher Außengrenzschutz sein, der transparent ist und parlamentarisch kontrolliert wird. Frontex soll sich im Rahmen des Mandats bei der Seenotrettung aktiv beteiligen."

Dass ausgerechnet eine Agentur wie Frontex, die die Verkörperung der repressiven Migrations- und Grenzpolitik der EU ist, sich nun auch noch an der Seenotrettung beteiligen soll, kann nicht deren Ernst sein.

Unsere neue Außenministerin müsste mit dem Namen Annalena Charlotte Alma Baerbock, kurz ACAB doch am besten wissen, dass wir aufhören sollten unseren nichtfunktionierenden Polizeistaat zu verherrlichen und außerdem kein Stück Vertrauen mehr in die Arbeit von Bundespolizist:innen setzen sollten.

Frontex spielt eine führende Rolle bei Grenzsicherung und -kontrolle, bei Abschiebungen, bei der Zusammenarbeit mit Drittländern und Kontakten mit dem Militär und der Sicherheitsindustrie. In den letzten Jahren sind die Befugnisse der Agentur, ihr Budget und die Zahl ihrer Mitarbeiter:innen rasant gestiegen. Sie kann den EU-Mitgliedstaaten nun verbindliche Ratschläge zur Stärkung der Grenzsicherheit erteilen und sogar in deren Grenzsicherheitsangelegenheiten eingreifen, wenn der Rat dies auf Vorschlag der Europäischen Kommission beschließt. Frontex verfügt über ein Beratungsforum, das "wichtige europäische Institutionen sowie internationale und zivilgesellschaftliche Organisationen zusammenbringt, um die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache in Grundrechtsfragen zu beraten." Anstatt sich ernsthaft mit der Rolle von Frontex bei Menschenrechtsverletzungen auseinanderzusetzen, fungiert dieses Forum als Instrument, um die Existenz von Frontex und diese Verletzungen zu legitimieren, indem es der Agentur den Anschein von Genehmigung und internen Kontrollmechanismen verleiht.

Vor ein paar Wochen berichtete die New York Times, dass ein Mitarbeiter der Grenzschutzbehörde im September diesen Jahres fälschlicherweise für einen Geflüchteten gehalten und gewaltsam in die Türkei gedrängt wurde. Der Frontex Mitarbeiter soll

gemeinsam mit Dutzenden anderen Geflüchteten durch einen illegalen Pushback an der Einreise gehindert worden sein. Der Mitarbeiter war für Frontex als Übersetzer tätig und berichtete, dass er und die anderen Menschen von den Polizist:innen geschlagen und ausgezogen wurden. Außerdem wurde versucht Handys, Geld und Dokumente abzunehmen. Als er sich als EU-Bürger und Angestellter der Agentur zu erkennen gab, sollen die Polizist:innen mit Gelächter und weiteren Schlägen reagiert haben.

Das rechtswidrige Verhalten der Bundespolizist:innen ist hier eigentlich keine Überraschung und schon anhand zahlloser Beispiele belegt. Im Gegensatz zu dem Frontex Mitarbeiter wird den vielen anderen Menschen, die misshandelt und gefoltert werden, kein Gehör geschenkt. Sie werden nicht gehört. Man will sie nicht hören. Die EU will sie nicht hören.

Wir fordern die Abschaffung von FRONTEX. Eine Agentur, die so menschenfeindlich handelt, darf nicht weiter ausgebaut und schon gar nicht für die Seenotrettung verantwortlich gemacht werden!

Und anstatt mit Ideen um die Ecke zu kommen, Frontex nun auch noch an die polnisch-belarussische Grenze zu senden, so wie es in den letzten Wochen des Öfteren durchklang, fordern wir die Bundesregierung auf, sich jetzt und sofort dafür einzusetzen, dass die Menschen im Grenzgebiet friedlich und sicher evakuiert werden und keiner weiteren Polizeigewalt, vor allem nicht der Gewalt durch FRONTEX, ausgesetzt sind.

Wir fordern eine sofortige Aufnahme der Menschen!! Stoppt das Sterben! Für das Recht zu kommen zu gehen und zu bleiben!

Ja, wir haben jetzt eine Ampel-Koalition. Ja, der Koalitionsvertrag ist in vielen Punkten beschissen. Davon dürfen wir uns als Antifaschist:innen nun aber nicht einschüchtern lassen. Wir müssen weiterhin Druck machen, Kontinuitäten erkennen und Widerstand leisten. Es ist für uns jetzt die Zeit den Koalitionsvertrag zu besetzen, zu kritisieren und zu prüfen. Wir möchten euch an dieser Stelle dazu aufrufen euch zu organisieren - wir brauchen mehr antifaschistischen Protest, nicht nur die Fluchtthematik betreffend, sondern auch in jeglicher anderen Hinsicht!

Grenzen auf, überall - Kein Mensch ist illegal!